

# WELCHE LÖSUNG FÜR DEN PUNJAB?

Tagtäglich ereignen sich im indischen Punjab politische Morde und Gewalttaten, bei denen allein 1990 mehrere Tausend Menschen ums Leben gekommen sind. Während nach der Regierungsübernahme der Regierung Singh kurz neue Hoffnung aufkam, scheint den Verantwortlichen in Neu Delhi derzeit zur Lösung der Punjabkrise nichts mehr einzufallen. Wie eine politische Lösung im Punjab erzielt werden könnte, wird im folgenden Beitrag erörtert.



Wie sieht die Lösung ihrer Probleme aus? (Foto: Walter Keller)

Seit geraumer Zeit werden eine Reihe von "politischen Lösungen" für die Probleme des Punjab diskutiert. Niemand bestreitet - und das gilt auch für die härtesten Reaktionäre -, daß es irgendwann einer "politischen" Lösung bedarf. Die Frage ist nur, wie diese Lösung aussehen sollte und mit welchen Mitteln man sie herbeiführen kann.

Das erste Bündel von Vorschlägen befürwortet die Fortsetzung, wenn nicht gar eine Verschärfung der Repressionen gegenüber den Sikhs im Punjab mit dem Ziel, die Militanten unter ihnen zu beseitigen. Erst nach dem Erfolg solcher Repressionen sollten Wahlen (assembly elections) in diesem Bundesstaat abgehalten werden. Dieser Vorschlag orientiert sich an der fast vergessenen Rajiv-Longowal Übereinkunft. Vertreten wird solch eine "politische Lösung" u.a. vom 'Congress' und der 'Bharatiya Janata Party' (BJP). Einhergehend mit einer solchen "politischen Lösung",

die die Zerschlagung militanter Sikh-Gruppen zum Ziel hat, wird vorgeschlagen, nichts zu unternehmen, um Polizei und paramilitärische Truppen im Punjab zu demoralisieren. Insbesondere sollten Menschenrechtsverletzungen nicht an die 'große Glocke' gehängt werden.

Das zweite Bündel an Lösungen zeigt die Bereitschaft, ein wenig über den Rajiv-Longowal Vorschlag hinauszugehen. So sollten beispielsweise diejenigen bestraft werden, die für das Massaker an Sikhs 1984 verantwortlich sind. Ferner sollte man sich bei den Sikhs für den Angriff auf den goldenen Tempel im Juni 1984 entschuldigen. Mit dieser versöhnlichen Geste hofft man, daß die Sikhs die Vergangenheit vergessen und sich so wieder in den parlamentarischen Prozeß in Indien einfügen würden. Der Bevölkerung des Punjab soll erlaubt werden, ihre eigene Regierung zu wählen, selbst wenn dies bedeute, daß Personen an die Macht



gewählt würden, die der Verschwörung und des Terrorismus angeklagt sind. Die "Regierungsverantwortung" (oder sollte man besser sagen, die Brosamen politischer Macht) würde, so hofft man, die militanten Sikhs zähmen und sie in den 'mainstream' der indischen Politik integrieren.

Die dritte Form politischer Lösungen, die diskutiert wird, ist, die Grundforderungen der 'Anandpur Sahib Resolution' (siehe 'Südasiens', 7/89) zu akzeptieren, d.h. Indien auf föderaler Basis zu reorganisieren. Dabei behielte die Zentralregierung die Ressorts Verteidigung, Außenpolitik, Währung und Medienpolitik. Es gibt bisher keine Konzepte, wie diese föderale Reorganisation aussehen sollte, aber ganz offensichtlich müßten dafür einschneidende Veränderungen der Verfassung vorgenommen werden. Die 'Badal Gruppe' der 'Akali Dal' hat bereits öfter eine solche Reorganisation Indiens gefordert. Einige Liberale in der indischen politischen Szene und sowie andere Gruppen, einschließlich einiger Naxaliten, haben solche Forderungen nach einer föderalen Reorganisation unterstützt. Auch hier besteht die Hoffnung, daß die Sikhs mit dem Anteil an politischer Macht, der ihnen zugestanden würde, zufrieden wären und daß sie dann ihre nicht erfüllbare Forderung nach einem eigenen Nationalstaat aufgeben würden.

Das vierte Bündel an Vorschlägen bezieht sich auf die Anerkennung des Rechtes der Sikhs auf einen eigenen Nationalstaat und tritt ein für ein Referendum als Mittel, diesen zu erreichen. Kürzlich befürwortete einer der Sikh-Führer, S.S. Mann, ein solches Referendum als den Weg, um das Problem Punjab zu lösen. Es gibt allerdings keinerlei Zweifel daran, daß Delhi eine solche Lösung nicht zulassen würde.


Wo sollte man anfangen bei dem Versuch, eine politische Lösung zu umreißen? Viele orientieren sich an dem, was maximal von den Regierenden in Delhi erwartet werden kann. Die meisten Vorschläge versuchen deshalb zu ergründen, was in Delhi noch als 'gerechtfertigt' erscheinen könnte. Ein anderer Ausgangspunkt könnte sein, sich an den Vorstellungen der betroffenen Menschen zu orientieren. Diejenigen, die für eine föde-

rale Reorganisation eintreten, geben an, daß dies genau das sei, was die Sikhs wollen und alles Reden über Selbstbestimmung und Separatismus sei nur als Verhandlungsspielraum gedacht. Der Vorteil dieses Vorschlags besteht darin, daß er wenigstens berücksichtigt, daß eine politische Lösung auf dem aufbauen muß, was die betroffenen Menschen wollen.

Aber wie will man festlegen, was die Sikhs wollen? Wie unterscheidet man zwischen denen, die einen eigenen Staat wollen und denen, die nur eine föderale Reorganisation anstreben? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wie dies entschieden werden kann - die eine ist ein langwieriger bewaffneter Kampf, wie er in Nordirland stattfindet; die andere, zivilisiertere Möglichkeit, ist ein Referendum. In solch einem Referendum können die Menschen ihrer Meinung darüber Ausdruck verleihen, ob sie in einem Indien bleiben wollen, so wie es ist, in einem föderal reorganisierten Indien, oder ob sie sich völlig abtrennen wollen. Ein Referendum, in der Präferenzen deutlich werden, ist eine zivilisierte Art um herauszufinden, was die Sikhs wollen.

Ein Referendum ist auch etwas völlig anderes als normale bürgerliche Parlamentswahlen. Eine Parlamentswahl nimmt den politischen Rahmen als gegeben, während es hier darum geht, ihn infragezustellen. Die einzige Alternative zu einem Referendum ist, wie oben bereits gesagt, ein langwieriger Krieg in der Art, wie die Welt ihn in Nordirland sehen kann. Diejenigen, die von sich behaupten, sie seien für Demokratie, dürfen sich nicht wundern, wenn die offensichtlichen undemokratischen Methoden, die Delhi im Punjab anwendet, den gesamten politischen Prozeß in Indien beeinflussen, wie sie es in der Tat ja bereits getan haben. Niemand sollte dann überrascht sein, wenn die Notiz auf der Rückseite jedes Busses in Delhi ("Schauen sie unter ihren Sitz; dort könnte eine Bombe liegen; schlagen sie Alarm; verdienen Sie sich die Belohnung") auch in Bussen anderer Städte zu finden sein wird. Die Unterstützung eines Referendums wäre ein Weg, um das Abgleiten in die Barbarei aufzuhalten.

(aus: 'Economic and political weekly', Bombay, 15.9.90, Übersetzung: Bruni Weißen)



**südostasien  
informationen**

**Leben und  
Überleben in  
den Metropolen**

Heft Nr. 3/90

Aus dem Inhalt:

- \* Das Phänomen "Metropolisierung"
- \* Urbanisierung und Deurbanisierung in Kambodscha
- \* Slumbewohner schließen sich zusammen
- \* Malaysia: Dicke Luft im Klang Valley
- \* Jakarta: Traum und Alptraum für Millionen
- \* Großstadtleben im zeitgenössischen philippinischen Film

Außerdem:

- Kommentar: Frieden für Kambodscha
- Kein Machtwechsel in Birma

ferner Buchbesprechungen, Tagungsberichte, Berichte über Aktivitäten sowie Nachrichten zu Vietnam, Kambodscha, Laos, Thailand, Indonesien, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:

**Schwellenländer Südasiens**

Schwerpunkt vergangener Hefte:

2/90 Arbeitsmigration  
1/90 Das Bild Südasiens in der BRD  
4/89 Chinesen in Südasiens  
3/89 Ende der Blockkonfrontation

---

**südostasien informationen**

erscheint vierteljährlich      erhältlich bei:

Umfang: 70 S.                      Südostasien  
Einzelpreis: DM 6,00              Informationsstelle  
  Josephinenstraße 71  
  D- 4630 Bochum 1  
  Tel.: 0234 / 50 27 48  
  E-Mailing:  
  Geonet GEO3:SEAINFO

Jahresabonnement:  
DM 24,- für Einzelpersonen  
DM 48,- für Institutionen

Konten: Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01) Nr. 30302491,  
Postgiroamt Dortmund (BLZ 440 100 46) Nr. 1748-460